

abends

# Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion:  
Dresden-N. 16, Holbeinstr. 40  
Fernsprecher 21366  
Postcheckkonto Leipzig Nr. 14797

**Bezugspreise:**  
Abgabe A mit illustrierter Beilage vierteljährlich 2.50 M., in Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3.50 M. in Ostpreußen 4.40 M.  
Abgabe B vierteljährlich 2.50 M., in Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3.50 M. in Ostpreußen 4.40 M.  
Einzel-Nummer 10 J.  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

**Anzeigen:**  
Nahme von Werbeanzeigen bis 10 Uhr, von Samstag an bis 11 Uhr vorm.  
Preis für die erste Spalte 40 J., in Restteilen 1 M., Familien-Anzeigen 30 J.  
Für unbedingt gesicherte, sowie durch Fernschreiber anzuordnende Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Nichterfüllung des Textes nicht übernehmen.  
Eröffnung der Redaktion:  
11-12 Uhr vormittags.

**Einzigste katholische Tageszeitung in Sachsen.**

**Organ der Zentrumspartei.**

**Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feiertagsabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.**

## Kulturkampf.

Er droht uns nicht nur, wir stehen mitten darin. Ja, er hat so ganz nie aufgehört, das Jesuitengegnerpiel erst während des Krieges. Wir in Sachsen haben den ständigen Kampf um die volle Freiheit unserer religiösen Betätigung stets zu führen gehabt und waren nur auf die moralische Unterstützung unserer Glaubensbrüder im Reich angewiesen.

Der Ansturm unserer Staatsordnung verflüchtete zwar die ungehemmte politische Freiheit, aber auch sie ist schon zur Freiheit innerhalb des Erfurter Programms gesunken und wird, wenn die Dinge sich so weiter entwickeln wie bisher, ins gerade Gegenteil, in die Diktatur des Proletariats sich verkehren. Während so die politische Freiheit als Ausbühnenfeld benutzt wurde, ging man sofort und mit freimütigster Offenheit an die Unterbindung der kulturellen Freiheit. Freilich, hier hat man aus der Geschichte gelernt, man macht nicht die Dummheit, dem gläubigen Volk die Kirchentüren zu verriegeln und Priester durch Gefängnisstrafen zu Märtyrern zu machen, sondern man beginnt mit dem Kampfe gegen die christliche Schule, weil erstens das Volk die einschneidenden Maßnahmen nicht so leicht erkennt und würdigt — zum mindesten hofft man dies — zweitens aber die Unterbindung des religiösen Einflusses auf die Schule ein ebenso gutes und noch größeren Erfolg versprechendes Kampfmittel gegen die christlichen Schulen ist, wie die Schließung der Gotteshäuser. Die Jugend wird entchristlicht und damit wird der Gemeinde der Nachwuchs entzogen und so soll sie langsam aussterben.

Der heutige Kulturkampf unterscheidet sich aber noch in einer anderen Hinsicht von dem der 70er Jahre, er geht auch gegen die evangelische Kirche und das will uns schmerzen, macht ihn bei weitem gefährlicher, ganz besonders für uns in Sachsen. Ganz abgesehen von allem Politischen, ist es für uns schon aus christlichen und kulturellen Gesichtspunkten von allergrößter Wichtigkeit, daß eine starke protestantische Kirche existiert. Es ist aber eine unlegbare Tatsache, daß schon seit Jahrzehnten dieser positive Protestantismus mehr und mehr aus der evangelischen Kirche hinausgedrängt wird und einer sogenannten liberalen Richtung Platz machen mußte. Mit dem Sturze der Hohenzollern und Wilhelms II. ging dem positiven Protestantismus sein stärkstes Bollwerk verloren.

Die Gründe, die dazu führten, können wir an dieser Stelle nicht erörtern. Den Kampf, den die sogenannte „protestantische“ Lehrerschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit in Sachsen gegen den Religionsunterricht führt, müssen wir also als in erster Linie gegen die protestantische Kirche gerichtet betrachten. Das bedrohliche und bedauerliche ist nun, daß von dieser in erster Linie angegriffenen Seite nichts geschieht und vorläufig geschehen kann, so lange sich nicht innerhalb des Protestantismus eine reinliche Scheidung vollzogen hat. Wir müssen uns also sagen, daß wir vorläufig ganz allein stehen und daß wir unsere Reihen so fest wie möglich zusammenschließen müssen und geschlossen einen Ziele zustreben. Dieses Ziel ist die Erhaltung der Einheitsvolkschule auf konfessionellem Boden mit dem Religionsunterricht als Pflichtfach.

In dem überaus schweren Kampfe, in dem wir uns befinden, ist es von allergrößter Werte, die Geschichte des Kulturkampfes der 70er Jahre zu studieren und die Fehler, die auch damals auf katholischer Seite gemacht wurden, aus Tageslicht zu ziehen, damit wir nicht wieder in dieselben Fehler verfallen. Die Katholiken der damaligen Zeit waren nicht immer so geschlossen und einzig, wie es uns heute erscheinen mag, und die energischen und zielbewußten Männer, die den Kampf führten, mußten oftmals in ihren eigenen Reihen große Widerstände überwinden, ehe sie ihre ganze Kraft dem Feinde entgegenstellen konnten. Hören wir, was die „Sächsische Volkszeitung“ in ihrer Jubiläumsnummer über die damaligen Verhältnisse schreibt. Nach einer Schilderung der Kampfplage finden wir folgende Sätze: „Es fanden sich auch damals einige Schwächlinge, die aus Liebedienerei gegen die Behörden sich diesen zur Verfügung stellten, der sogenannte Staatskatholizismus trieb, wenn auch nur kurze Zeit, seine wenig angenehmen Blüten.“ An anderer Stelle heißt es, daß der Schriftleiter wegen seiner vermittelnden Haltung im Kampfe je länger desto mehr auf Widerspruch im katholischen Volke stieß und der Abonnentenstand der Zeitung sich in überraschender Weise verminderte. Als man nun eine entschiedener und schärfer Haltung einnahm, war der Einfluß der sogenannten Staatskatholiken am Bischofsofise so stark, daß die „Sächsische Volkszeitung“ es erleben mußte, daß der Fürst-

bischof Jörster am 25. Juni 1872 bei einer Gelegenheit erklärte, daß sie weder ein amtliches noch ein halbamtliches Blatt des Fürstbischofs sei, weder in einem Kampf, noch in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihm stehe.“ Also mit anderen Worten, der Fürstbischof ließ, anstatt die Zeitung in ihrer tapferen Haltung gegenüber den staatlichen Maßnahmen zu stützen, sie fallen. Es nützte ihm nichts, er entging später nur mit knapper Not und nur durch Hilfe des Grafen Ballestrem durch die Flucht nach Oesterreich dem Gefängnis. Ein Jahr später, im Juni 1873, hat dann Fürstbischof Jörster seine Haltung allerdings durch eine namhafte Spende, die dem Blatte eine eigene Druckerei ermöglichte, wieder gut gemacht.

Diese kurze Episode soll uns eine gute Lehre sein. Es hat keinen Zweck zu verheimlichen, daß selbst in Sachsen nicht alle Katholiken einzig sind, daß heute wie damals es eine Reihe Anhaltspunkte gibt, die ein scharfes und festes Auftreten gegen die kulturkämpferischen Absichten der Regierung vermeiden wissen wollen, die einem Konflikt nach allen Seiten aus dem Wege gehen wollen. Auch heute gibt es unter den katholischen Sachsen sogenannte „Staatskatholiker“, natürlich in anderer Form wie in den 70er Jahren.

Herr von uns sei es, zu behaupten, daß nicht auch sie nach bestem Wissen und Gewissen handeln. Sie glauben eben auf dem Wege der Verhandlung mehr oder wenigstens dasselbe erreichen zu können, wie durch einen Kampf, der allerdings Gefahren für das Staatsleben in sich birgt, an denen wir aber nicht die Schuld tragen.

Wir stehen jedoch auf dem entgegengesetzten Standpunkte. Wir sprechen den heiligen Nachbarn jegliche bona fides in dem heutigen Kulturkampfe ab. Verhandlungen können aber nur gepflogen werden, wenn entweder beide Teile guten Willens sind, den Konflikt auf friedlichem Wege zu lösen, oder ein für beide Teile befriedigendes Ergebnis zu erzielen, oder nach vorausgegangenem Kampfe der eine Partner die Möglichkeit des Erfolges als nicht erreichbar erkennt.

Wir stehen auf dem Standpunkte, daß wir nur durch einen Kampf mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die kulturelle Freiheit erringen und erhalten können, daß nur durch unbegrenzten Willen zum Siege die konfessionelle Schule bestehen bleibt. Dieser Sieg kann aber nur errungen werden, wenn das katholische Volk geführt wird von Männern, die einzig sind mit ihm in unbegrenzter Energie und mutig ihren katholischen Standpunkt in der Öffentlichkeit vertreten.

Wenn unter Hintansetzung jeglicher persönlicher Interessen und Ansichten, jede Bewegung, jeder Verein, der sich katholisch nennt, als Hilfe freudig begrüßt und in Anspruch genommen wird.

Wenn Geistlichkeit und Laien sich einmütig in der Kampffront zusammenschließen, sich gegenseitig stützen und sich den Rücken decken.

Wenn alle in den Schützengraben gehen und niemand sich in der Etappe hält.

Wir stehen auf dem Standpunkte, daß derjenige, der sich in dieser Bewegung auch nur „neutral“ verhält, uns in den Rücken fällt, daß die Katholiken, die sogar für die Simultananschule eintreten, unsere gefährlichsten Feinde sind.

Nur dann, wenn das gesamte katholische Volk sich einmütig und rücksichtslos zum Kampfwillen bekennt und wenn seine Führer rücksichtslos an erster Stelle stehen, nur dann hat es Aussicht, mit Erfolg den Feldzugsplan auszuführen.

Überlege sich jeder das genau, Kampf bringt Gefahr und Wunden.

Aussichtslos aber ist der Kampf, wenn nur einige wenige ihre Kräfte aufreiben und schon durch die Überwindung der Widerstände im eigenen Lager ermattet sind, ehe sie dazu kommen, sich mit dem Gegner zu messen.

Eine unnütze Kraftverwendung bedeutete dies in einer Zeit, die auf allen Gebieten die Rationierung der Kräfte erfordert.

Überlege dir es wohl, katholisches Volk Sachsens, welchen Weg du gehen willst, beratschlage mit deinen Führern und komme endgültig zu einem Entschlusse.

So oder so mußt du die Entscheidung fällen.

Möge die hohe Aufgabe, die dir gestellt ist, kein keines Geschlecht finden!

D. v. W.

(Es ist kein Zweifel: Es geht jetzt um Ganzes! Daher eruchen wir die Gemeinden, Vereine und die Einzelkatholiken, zu diesen Ausführungen Stellung zu nehmen und davon uns Kenntnis zu geben. (Redaktion der „Sächsischen Volkszeitung“.)

## Das hohe Ziel der konfessionellen Schule.

Aus dem Hirtenbriefe der Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands am Heile Allheiligen 1917.

Was aber die Gedecktheit der Ehe, die Kinder betrifft, so ergeht in heutiger Zeit mit besonderer Betonung an alle Christen, in erster Linie an die Eltern, das ernste Wort des Heilandes: Es ist der Wille eures Vaters im Himmel, daß nicht eins von diesen Kleinen verloren gehe. (Matth. 18, 14.) Den Eltern in erster Linie gilt dieses Wort. Denn der Staat hat weder das erste noch das alleinige Recht auf die Kinder. Das erste Recht haben die Eltern. Die Kirche aber, der ihr göttlicher Stifter voraussetzungsweise die Sorge für das Seelenheil der Kinder ins Herz gelegt hat, muß mit ihm verlangen: Lasset die Kleinen zu mir kommen, und wehret es ihnen nicht, denn solcher ist das Himmelreich. (Matth. 19, 14.) Sache der Eltern und der Kirche ist es, für religiöse Unterweisung und Erziehung der Kinder zu sorgen. Dieses natürliche Recht der Eltern und göttliche Recht der Kirche muß unangefastet bleiben in den Schulrichtungen, die der Staat ins Leben ruft. Katholische Schulen für katholische Kinder — das ist daher der Grundsatz, an dem wir unbedingt festhalten müssen. Für euch alle, geliebte Diözesanen, ist es eine heilige Gewissenspflicht, für das hohe Ziel der konfessionellen Volksschule mannhalt einzutreten, damit es erhalten bleibt, wo es besteht, erreicht wird, wo es nicht besteht. Es ist nötig, dafür einzutreten, denn der Gegner sind gar viele. Schon seit langem, und sogar während des Krieges arbeiten sie an der völligen Ausschließung der Religion und Kirche aus der Schule. Neuerdings machen sie mit dem Schlagwort: „Nationale Einheitschule“ Stimmung für die Vereinfachung der konfessionellen Volksschule. Das nächste Ziel ist die paritätische oder Simultananschule, in der Kinder verschiedener Bekenntnisse gemeinsam unterrichtet werden. Von da ist es nur ein Schritt zur glaubens- und religionsfeindlichen Schule. Die Geschichte des Schulwesens anderer Länder liefert einen traurigen Beweis für die unheilvolle Entwicklung, sie zeigt aber auch, welches Glend eine gottlose Schule über ein Volk bringen kann.

Unterstützt daher, geliebte Diözesanen, die Bemühungen eurer Bischöfe um die Erhaltung der konfessionellen Volksschule. Durch die Zeitverhältnisse sind auf uns und auf euch eine ungeheure Verantwortung gelegt gegenüber Gott, der Kirche und der menschlichen Gesellschaft. Mühen alle, ganz besonders die, welche im öffentlichen Leben stehen, aber die sich berufsmäßig mit Schul- und Erziehungsfragen zu befassen haben, die Schwere dieser Gewissenspflicht erkennen und mit unbegrenztem Mut für die konfessionelle Schule eintreten!

## An der Pforte des Friedens.

Von unserem Berliner Vertreter.

Vor den jahrelangschweren Tagen und Stunden, denen wir entgegengehen, versinken unsere gegenwärtigen inneren Kämpfe und Bedrängnisse in ein Nichts! Die Größe des Augenblickes, seine geschichtliche Bedeutung und seine das Schicksal unseres Volkes und jedes Einzelnen bei uns für Jahre und Jahrzehnte hinaus bestimmende Macht müssen in den Herzen und Hirnen unserer Volksgenossen mit härtester Resonanz sich geltend machen. Was sind alle Bedrängnisse und Gefahren der Stunde gegenüber dem, was uns in Paris erwartet?

Das diplomatische Geplänkel, das sich in diesen Tagen vollzog, war keine erfreuliche oder gar verheißungsvolle Einleitung. Wenn auch fürs erste die Aussicht abgewendet erscheint, daß uns lediglich ein Diktat auferlegt werden soll, so herrscht doch keineswegs Klarheit darüber, was unsere Gegner unter „traiter“, also unter „verhandeln“ verstehen. Nach den französischen Pressekommentaren würde man uns das „Unterzeichnen“ noch gütigst erlauben. Es ist aber selbstverständlich, daß wir darauf bestehen müssen, zu all den Punkten, zu deren Beratung die Alliierten fünf volle Monate gebrauchten, unsere Auffassungen äußern und geltend machen können.

Wie dem aber auch sei, wir müssen auf alle Möglichkeiten vorbereitet und gerüstet sein. Es geht jetzt um unser ganzes Sein, um Gegenwart und Zukunft. Die ersten Maitage des Jahres 1919 werden an die seelische Festigkeit des deutschen Volkes ungeheuerliche Anforderungen stellen. Welchen Erschütterungen wir in dieser Hinsicht unterworfen werden, können wir ja noch gerade an alledem ermessen, was wir seit den Waffenstillstandsverhandlungen, die ja auch nur einseitiges Diktat

waren, erlebt haben. Noch lagert eine furchtbare Ungewissheit über uns. Sie ist auch schuld an den furchtbaren Irrungen im Lande selbst. Sie ist Ursache des entsetzlichen Jammers, das unser Volk in weiten Schichten erfährt und das uns an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Unter den entsetzlichen Zuständen haben wir den Blick für das, was über unserm Tagesinteresse hinausliegt, leider verloren. Ist das nicht merkwürdig bei einem Volke, welches fünf Jahre lang im Bewußtsein der Gerechtigkeit seiner Sache den Kampf gegen eine Welt von Feinden führte? Aber der verhängnisvollste Fehler wäre es, wenn wir jetzt, da wir an der Friedensfront stehen, nicht unseren Blick über die engen Pfähle unserer Grenzen schweifen lassen würden in eine Welt, die der Schöpfer auch für das deutsche Volk werden ließ.

Die kommenden Tage werden für Deutschland recht kritisch sein. Die Feinde haben schnelle Entscheidung verlangt; unsere Delegierten sollen mit Vollmachten zur Unterzeichnung des Vertrages ausgestattet sein. Was in langen geheimnisvollen Beratungen über Deutschlands Geschick entschieden worden ist, soll nun, nachdem der Vertrag parafiert wurde, den Vertretern Deutschlands vorgelegt werden mit der Weisung: nun unterzeichnet. Wir in Deutschland denken indes anders. Die Entscheidung über unsere Zukunft kann unmöglich in die Hände weniger Personen gelegt werden, und unsere Regierung ist der Auffassung, daß nur dann die Delegation zum Abschluß des Friedens bevollmächtigt sein könne wenn das gesamte Kabinett und der Friedensauschuß der Nationalversammlung und der Friedensauschuß der Nationalversammlung zur Beratung der Friedensfragen herangezogen werden soll und eine Verhandlung vor der Nationalversammlung selbst erst dann erfolgen kann, wenn die Bedingungen der Öffentlichkeit übermittelte werden können. Darüber sind sich aber alle Mitglieder des Kabinetts einig, daß der Friede erst dann unterzeichnet wird, wenn der Vertrag in allen seinen Teilen die Zustimmung des Volkes oder seiner gewählten Vertreter gefunden hat.

### Der deutsche Völkerbund-Entwurf.

Wie schon kürzlich berichtet, hat die deutsche Regierung ebenfalls einen Völkerbundsentswurf fertiggestellt, der 66 Paragraphen umfaßt. Im Nachstehenden geben wir einen Auszug dieses Entwurfes wieder:

#### I. Grundlagen.

Nach ihnen soll der Völkerbund durch obligatorische Schlichtung internationaler Streitigkeiten unter Verzicht auf bewaffnete Gewalt den dauernden Frieden zwischen seinen Mitgliedern auf die sittliche Macht des Rechts gründen und als internationale Arbeitsgemeinschaft dem geistigen und materiellen Fortschritt der Menschheit dienen. Er wird auf ewige Zeiten geschlossen und bildet eine Einheit zur gemeinsamen Verteidigung nach außen. Die Mitglieder gewährleisten einander ihren territorialen Besitz und enthalten sich gegenseitig der Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten. Zu den besonderen Zwecken des Völkerbundes gehören die Verhütung internationaler Streitigkeiten, Abrüstung, Sicherheit der Verkehrsfreiheit und der allgemeinen wirtschaftlichen Gleichberechtigung, der Schutz der nationalen Minderheiten, die Schaffung eines internationalen Arbeiterrechts, die Regelung des Kolonialwesens, die Zusammenfassung bestehender und künftiger internationaler Einrichtungen und die Schaffung eines Weltparlamentes.

Der Völkerbund umfaßt:

- a) alle kriegsführenden Staaten einschließlich der während des Krieges neu entstandenen,
- b) alle neutralen Staaten, die dem Haager Weltfriedensvertrag angeschlossen waren,
- c) alle anderen, wenn sie von zwei Dritteln der bereits vorhandenen Bundesmitglieder zugelassen werden. Dem väpfllichen Stuhl bleibt der Eintritt in den Völkerbund vorbehalten.

Die Mitglieder verpflichten sich, keine dem Zwecke des Bundes widersprechenden Sonderverträge abzuschließen, auch keine geheimen Abkommen irgendwelcher Art zu treffen. Bestehende Verträge solcher Art sind aufzuheben, Geheimverträge sind nichtig.

#### II. Verfassung.

Die hauptsächlichsten Organe des Völkerbundes sind der Staatenkongreß, das Weltparlament, der ständige internationale Gerichtshof für Fragen rechtlicher Art und das internationale Vermittlungsamt für internationale Fragen.

Der Staatenkongreß, in dem jeder Staat einen bis drei Vertreter hat und der mindestens jedes Jahr zusammentritt, führt die Geschäfte des Völkerbundes und wählt bei seinem ersten Zusammentritt einen ständigen Ausschuß, der in der Zwischenzeit die Geschäftsführung besorgt.

Das Weltparlament, das die Pariser Völkerbundakte nicht vorsieht, setzt sich aus Vertretern der einzelnen Parlamente der Völkerbundstaaten zusammen. Jedes einzelne Parlament wählt für je 1 Million Bewohner seines Staates einen Vertreter. Kein Parlament darf mehr als 10 Vertreter entsenden. Ueber seine weitere Zusammenfassung entscheidet es unter Zustimmung des Staatenkongresses. Es besteht also sowohl die Möglichkeit auch Berufsleute, wie Arbeiterkassen, Unternehmer und dergleichen, hört die Aenderung der Bundesratverfassung, die Aufstellung Vertreter zu gewähren. In seinen Obliegenheiten gelangt allgemein gültiger internationaler Rechtsnormen, die Errichtung neuer Bundesbehörden und die Bestimmung des Bundeshaushalts.

Für den ständigen internationalen Gerichtshof ist ein eigenartiges Wahlsystem vorgesehen, das

den umfangreichen Apparat des Haager Schiedsgerichtshofes vermeidet und den Ländern, die auf dem Gebiete des internationalen Rechts führend sind, größere Chancen gewährt. Zunächst schlägt jeder Staat eine bis höchstens vier Personen vor, von denen wenigstens eine nicht Angehörige des vorschlagenden Staates sein soll. Aus der Gesamtliste der Vorgesetzten bezeichnet jeder Staat 15 Personen. Die 15 Personen, die die meisten Stimmen auf sich vereinen, sind zu Richtern gewählt. Der Gerichtshof selbst ist jedoch nur von drei Personen besetzt, von denen jede Partei einen wählt. Den Vorsitzenden bestimmt, falls sich die Parteien nicht über ihn einigen, der Gerichtshof in seiner vollen Besetzung.

Das internationale Vermittlungsamt, das die höchste politische Instanz für Interessensfragen darstellt, wird nach einem ähnlichen Wahlsystem ebenfalls aus 15 Mitgliedern gewählt. Entsprechend seinen anderen Aufgaben soll das Vermittlungsamt seine Beschlüsse bei einer Besetzung von fünf Mitgliedern. Die Mitglieder des Vermittlungsamtes dürfen weder in einem aktiven Dienstverhältnis zu ihrem Heimatstaate stehen, noch gleichzeitig Mitglieder einer anderen Behörde des Völkerbundes sein.

#### III. Friedliche Schlichtung internationaler Streitigkeiten.

Alle auf diplomatischem Wege nicht zu erledigenden zwischenstaatlichen Streitigkeiten unterstehen dem internationalen Gerichtshof oder dem internationalen Vermittlungsamt, und zwar dem ersteren für Rechtsfragen, dem letzteren für Interessensfragen. Den unbeteiligten Staaten bleibt jedoch vorbehalten, für einzelne Streitfälle oder bestimmte Arten von Streitfällen Schiedsverträge abzuschließen, jedoch nur, soweit es sich nicht um die Regelung allgemein geschriebener Normen des internationalen Rechts oder um Auslegung der Satzungen des Völkerbundes handelt. Die Entscheidung darüber, ob eine Frage als reine Rechtsfrage oder als ein Interessenskonflikt oder Rechtsfall von überwiegend politischer Bedeutung zu betrachten sei, steht dem Gerichtshof zu. Sowohl der Gerichtshof als das Vermittlungsamt sind befugt, das Streitverhältnis für die Dauer des Verfahrens durch eine vorläufige Verfügung zu regeln.

#### IV. Verhütung internationaler Streitigkeiten.

Stellt das Vermittlungsamt fest, daß in den Beziehungen einzelner Bundesstaaten eine Spannung eingetreten ist, so kann es den beteiligten Staaten seine Vermittlung anbieten, die nicht zurückgewiesen werden darf. Jeder Völkerbundstaat ist verpflichtet, die Beschimpfung eines anderen Volkes in Wort, Schrift oder Bild durch seine Gesandtschaften oder Verwaltungen zu belämpfen und solche tatsächlichen Behauptungen, die durch die Presse des einen Staates zum Nachteil des anderen veröffentlicht worden sind, jederzeit zu berichtigen.

#### V. Abrüstung.

Die Rüstungen der Mitglieder des Völkerbundes zu Lande und in der Luft sind auf die zur Sicherheit des Landes, die Rüstungen zur See auf die zur Verteidigung der Küsten erforderlichen Streitkräfte zu beschränken. Ein besonderes Abkommen, das einen wesentlichen Bestandteil der Verfassung des Völkerbundes bildet, soll auch die internationale Kontrolle über die Innehaltung der getroffenen Vereinbarungen enthalten.

#### VI. Verkehrsfreiheit.

Die Herrschaft über das Meer wird dem Völkerbund übertragen, der sie durch eine internationale Seepolizei ausübt. Außer den Schiffen der Seepolizei dürfen keine bewaffneten Schiffe das Meer befahren. Die für den internationalen Seeverkehr unentbehrlichen Meerengen und Kanäle stehen den Schiffen aller Völkerbundstaaten gleichmäßig offen. Bei der See- und Binnenschifffahrt ist jede Bevorzugung ausgeschlossen, besonders auch bezüglich der Verjorgung der Schiffe mit Feuerung und Betriebsstoffen. Die Küstenschifffahrt wird durch ein besonderes Abkommen geregelt. Der Luftverkehr ist ebenfalls grundsätzlich frei, ebenso der Kabel- und Funkpostverkehr. Ein besonderes Abkommen soll die Rechtsstellung der Angehörigen des einen Völkerbundstaates im Gebiete des anderen in bezug auf persönliche Freiheit, Koalitionsfreiheit, Aufenthalts- und Niederlassungsrecht, sowie Rechtsschutz auf der Grundlage möglichster Gleichstellung mit den Inländern regeln. Ferner sollen alle Angehörigen anderer Völkerbundstaaten den Inländern in der Ausübung von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft gleichgestellt sein. Die Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Wirtschaftskrieges ist verboten, desgleichen Durchfuhrzölle. Der gegenseitige Verkehr innerhalb des Völkerbundes soll nicht durch Ein-, Ausfuhr- und Durchfuhrverbote gehemmt werden, soweit dies nicht aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, der Gesundheit und Seuchenpolizei oder zur Durchführung der inneren Wirtschaftsgesetzgebung erforderlich ist. Doch steht es den einzelnen Völkerbundstaaten frei, die wirtschaftlichen Beziehungen zueinander unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse durch Sonderabkommen auch in Handelsbeziehungen zu regeln.

Als Ziel ihrer Bestrebungen erkennen sie die Schaffung eines Welthandelsvertrages an.

#### VII. Schutz der nationalen Minderheiten.

Den nationalen Minderheiten innerhalb der einzelnen Völkerbundstaaten wird ein nationales Eigenleben, insbesondere in Sprache, Schule, Kirche, Kunst, Wissenschaft und Presse verbleibt und dem Schutze des Gerichtshofes des Vermittlungsamtes unterstellt.

#### VIII. Arbeiterrecht.

Der Arbeiterschaft aller Mitgliedstaaten ein menschenwürdiges Dasein und die Freude an der Berufstätigkeit zu sichern, bezeichnet der Entwurf als zu den Hauptaufgaben des Völkerbundes gehörig. Ein

besonderes umfangreiches, in der Anlage beigefügtes Abkommen regelt zu diesem Zwecke die in Betracht kommenden Hauptfragen wie Freizügigkeit, Koalitionsrecht, Gleichstellung der In- und Ausländer in bezug auf die Arbeitsbedingungen, soziale Versicherung usw. Außerdem soll für die Ueberwachung und den Ausbau des Arbeiterrechts bei der Bundeskanzlei ein Weltarbeitsamt eingerichtet werden. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß die Freizügigkeit der Arbeiter, worunter sowohl Arbeiterinnen wie auch alle Gruppen der Angestellten zu verstehen sind, nicht durch Erlaß von Auswanderungs- oder allgemeinen Einwanderungsverboten beschränkt werden darf.

#### IX. Kolonien.

Für die Verwaltung der Kolonien, die nicht das Recht der Selbstverwaltung besitzen, wird auf einer Reihe von Gebieten eine internationale Ordnung geschaffen und zu ihrer Ausführung und Ueberwachung ein Weltkolonialamt eingerichtet. Den Angehörigen aller Völkerbundstaaten wird die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung unter Berücksichtigung dieser allgemeinen Bestimmungen gewährleistet.

#### X. Vollstreckung.

Weigert sich ein Völkerbundstaat, Beschlüsse oder Verfügungen eines zuständigen Organs des Völkerbundes auszuführen oder verlegt er sonst eine Bestimmung der Bundesverfassung, so beschließt das Vermittlungsamt in seiner vollen Besetzung von 15 Mitgliedern die Zwangsvollstreckung, die im Abbruch der diplomatischen Beziehungen, in der Einschränkung oder dem Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen und in militärischen Maßnahmen bestehen kann, die dem verletzten Staate allein oder in Verbindung mit anderen Staaten aufgetragen werden können. Bei einem Angriff auf sein Gebiet hat jeder Staat das Recht, nicht nur zu den Rechtsmitteln des Völkerbundes, sondern sofort zur Selbsthilfe zu greifen.

#### XI. Kosten.

Die Gesamtkosten des Völkerbundes werden von den Mitgliedern nach einem Schlüssel aufgebracht, der von dem Staatenkongreß in Anlehnung an den Schlüssel des Weltpostvereins festgesetzt wird.

### Die Friedensverhandlungen.

Die Antwort der Entente.

Berlin, 23. April. Der Divisionsgeneral Rudant, Vorsitzender der ständigen Interalliierten Waffenstillstandskommission, hat dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission folgende Note überreicht: Der Marschall-Oberbefehlshaber der alliierten Armeen telegraphiert am 22. April unter der Nr. 2093: Wollen Sie die folgende Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen der deutschen Regierung übermitteln: 1. Die deutschen Delegierten können abreisen, wenn sie hierzu bereit sind. Die deutsche Regierung wird gebeten, den Termin ihrer Abreise so schnell wie möglich bekanntzugeben. Ihre Reise im alliierten Gebiet wird so geregelt, daß sie abends in Versailles ankommen, um in Ruhe sich einzurichten zu können. 2. Die deutschen Delegierten werden jede Bewegungsfreiheit zur Erfüllung ihrer Mission haben. Ebenso haben sie völlige Freiheit für telegraphische und telefonische Verbindung mit ihrer Regierung. 3. Die deutschen Delegierten können schon jetzt ihre Dreimitgliederkommission nach Versailles senden, um die Unterbringung vorzubereiten. gez. Rudant.

Die Zusammenfassung der deutschen Friedensdelegation.

Berlin, 23. April. Die deutsche Friedensdelegation wird aus insgesamt 80 Personen bestehen. Außer den sechs Unterhändlern werden ihr sieben Vertreter des auswärtigen Amtes, je zwei Vertreter der übrigen beteiligten Reichsämter, des Generalstabes, der Admiralität und der Waffenstillstandskommission angehören, ferner Vertreter der Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen, sowie Sekretäre, Dolmetscher, Bureaupersonal und das Personal des Nachrichtenendienstes. Die Abreise der Delegation ist für den 28. April in Aussicht genommen. Die Delegation wird im Sonderzuge über Köln nach Versailles fahren. Die Frage, welche Presserepäsentanten die Delegation begleiten werden, war heute mittag noch nicht geregelt.

Ein Aufruf der französischen Gewerkschaften.

Die Confédération Generale du Travail erläßt folgenden Aufruf:

An die öffentliche Meinung! An die Arbeiter! Vom August 1914 an bis zum November 1918 hat man uns versagt und wiederholt, wir führten einen Krieg des Rechts. Diese Versicherung sahlos in sich, daß der Frieden den Völkern das Recht der Selbstbestimmung bringen und daß er auf der allgemeinen Abrüstung beruhen würde, der einzigen Maßnahme, welche die Liquidation der Kriegsschulden möglich machen könnte.

Heute bricht man mit diesem feierlich abgegebenen Versprechen. Unsere Diplomaten legen uns das Projekt einer „Liga der Nationen“ vor, die nicht die „Gesellschaft der Nationen“ ist, wie sie die 14 Punkte des Präsidenten Wilson vorgezeichnet hatten. Diese 14 Punkte haben die Völker der ganzen Welt in ihrem Durst nach Gerechtigkeit mit Beifall begrüßt. Wir haben sie zu den unseren gemacht!

Die französische Arbeiterklasse, getreu ihrer Losung: „Krieg dem Kriege!“, erhebt sich gegen diese Sabotage des Friedens. Die Völker können nicht am Ende des Krieges leiden dazu verurteilt sein, kein anderes Ziel zu haben, als die Bezahlung von Steuern, die dazu bestimmt sind, die Rüstungsbudgets ins Gleichgewicht zu bringen.

Auch die C. G. T. verdammt die Außenpolitik der Blockade, der politischen Zwangsmassnahme und bewaffneten Intervention. Sie ruft die Erinnerung nach an die Formel der französischen Revolution: 'Jede Nation hat allein das Recht, sich Gerechtigkeit zu geben, das unveräußerliche Recht, sie zu ändern; einem fremden Volke mit Gewalt dieses Recht rauben zu wollen, heißt zum Feinde des Menschengeschlechts werden.'

Die C. G. T. widersteht sich nachdrücklich einer Expedition nach Russland, einem verblüdeten Land, dem niemals eine amtliche Kriegserklärung zugestellt worden ist. Die Fortsetzung dieser Interventionspolitik macht aus Frankreich die Schutzmacht der Privilegien und reaktionären Einrichtungen in allen Ländern. In dieser demütigenden, ja entehrenden Rolle kann sich die Arbeiterklasse, kann sich das menschliche Volk nicht hergeben.

Die C. G. T. verdammt jede Fortsetzung des Krieges und fordert gebieterisch den Abschluß des wahren Friedens, den alle Völker zustimmen können.

Tagesmeldungen.

Nachrichten aus den Kreisen der Münchner Räteregierung. Der 'Frankfurter Zeitung' wird aus München indirekt gemeldet: Unter den führenden Persönlichkeiten der Münchner Regierung sind Differenzen entstanden, die für die ganze Münchner Sache noch von Bedeutung sein können. In einer Versammlung der Betriebsräte, die am Sonntagabend stattfand, kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Dr. Levien und dem Studenten Toller. Levien warf ihm vor, daß er über den bayerischen Interessen die der Weltrevolution aus den Augen verlöre. Levien und Levis sind für den Kampf bis zum äußersten. Toller erklärte, zweckloses Blutvergießen verhindern zu wollen, erklärte sich aber bereit, das Oberkommando über die Rote Garde niederzulegen und als einfacher Soldat an der Front zu kämpfen. Die Rote Garde lehnte das aber ab und die Versammlung nahm entschieden für Toller Partei.

Dem 'B. Z.' entnehmen wir folgende charakteristische Schilderung: In einer Zusammenkunft seines engsten Freundeskreises hat Dr. Levien streng vertrauliche Eröffnungen gemacht, deren Bekanntwerden nicht gerade für die Disziplin seiner Freunde spricht. Danach erklärte er unumwunden, daß der Mangel an Lebensmitteln und Geld in kurzem zum Zusammenbruch der Münchner Kommunisten Herrschaft führen müßte. Durch die Lebensmitteltransporte, die für die Zivilbevölkerung Münchens bestimmt seien, aber selbstverständlich nicht ihr, sondern der 'Roten Garde' zugute kommen, sei die Gefahr der Aushungerung zwar verringert, aber es fehle an dem nötigen Geld. Die Aufforderung an die Bürgerchaft, alles in ihren Händen befindliche Bargeld abzuliefern, widerstreife es ihnen mit Waffengewalt abgenommen werden würde, hat nicht das erhoffte Ergebnis gebracht. Man hat deshalb, um wenigstens etwas Bargeld zu bekommen, den Straßenbahnbetrieb wieder aufgenommen. Militärisch sei die Situation aussichtslos gewesen, solange man es mit der Volkswehr allein zu tun gehabt habe. Den jetzt aufgestellten Freikorps sei man dagegen nicht gewachsen. Der Volksausschuß möge daher rechtzeitig daran denken, sich in Sicherheit zu bringen. Auf Grund dieses Referates wurde vereinbart, daß im Notfall Dr. Levien und sein engster männlicher und weiblicher Anhang, zusammen vier Personen, unter Mitnahme des in den Banken beschlagnahmten Geldes und Schmuckes in Flugzeugen nach Budapest flüchten. Levien hofft, von dort in fünf bis sechs Wochen nach München zurückzukehren und dann endgültig die Räterepublik errichten zu können.

Das bevorstehende Ende der Räterepublik Ungarn.

Wien, 23. April. Gestern Abend hat sich eine aus englischen Offizieren bestehende Entente-Kommission unter der Führung des Obersten Cunningham nach Budapest begeben. Zu Reife der Entente-Kommission erfolgt auf beiderseitiges Eruchen der ungarischen Räteregierung. Die ungarische Regierung hat sich durch ihren Gesandten in Wien und die englische Militärmission an die Entente mit der Bitte gewendet, vermittelnd einzuwirken auf die Einstellung der Kampfhandlungen an sämtlichen Fronten.

Wien, 23. April. Die 'Neue Freie Presse' meldet aus Budapest: Die Abnung der ungarischen Krise wird vermutlich die sein, daß die jetzige Regierung zurücktritt und ein legalistisches Ministerium oder ein Koalitionsministerium die Führung des Landes übernimmt. Wie der Vertreter des Holl. B. Bureau erzählt, ist der in Wien weilende Graf Bathiany von dem Verbanne als der kommende Ministerpräsident für Ungarn auszuweisen.

Budapest, 23. April. Das Ung. Telegr.-Korr.-Bureau meldet: Die Rumänen haben ihr Vordringen am 22. zwischen Theiß und Maros auf der ganzen Linie fortgesetzt. Unsere Truppen verhielten sich an mehreren Stellen vollständig undiszipliniert, so besonders vor Debreczin. Unter solchen Umständen wurde Debreczin im Laufe der Nacht geräumt.

Ein englisches Weisbuch.

Die britische Regierung hat ein Weisbuch veröffentlicht, das Berichte verschiedener englischer Kommissionen in Deutschland über die deutschen Verhältnisse enthält, die im allgemeinen darauf hinauslaufen, daß, wenn Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet und der Frieden hergestellt werden solle, dies sofort geschehen müsse, da die Zustände unhaltbar seien. Ein Bericht sagt, eine bestimmte Erklärung der Alliierten an das deutsche Volk und die Zustimmung eines annehmbaren Friedens ist die einzige Möglichkeit, die Situation zu retten. Es handelt sich nicht mehr darum, was wir von Deutschland fordern sollen, sondern darum, daß das die letzte Gelegen-

heit ist, angeht der gemeinsamen Gefahr, die gemäßigten Elemente in Deutschland zu einer Einigung gelangen zu lassen. An einer anderen Stelle heißt es, es bestehe große Gefahr, daß Deutschland durch den Bolschewismus gänzlich vernichtet wird, und wenn dies geschehe, muß der Bolschewismus auch auf Frankreich und England übergreifen. Ein anderer Bericht sagt, in Deutschland sei jedermann überzeugt, daß eine Regierung, die einen Vernichtungsfrieden annimmt, sich keinen Tag halten kann und man weiß, daß die Entente es nicht wagen würde, größere Gebiete in Deutschland zu besetzen aus Furcht vor einer Anstreckung der Ententetruppen. Das Weisbuch ist am Tage nach der Rede von Lloyd Georges veröffentlicht worden. Das Buch ist von der Presse vollständig folgeschwiegen worden, es findet sich nur in der 'Daily News'.

Politische Forderungen der englischen Bergarbeiter.

Haag, 23. April. Handelsblatt meldet aus London: Die Verbände der Eisenbahn-, Transport- und Bergarbeiter haben beschlossen, im parlamentarischen Ausschuss des Gewerkschaftsfongresses darauf zu dringen, eine außerordentliche Konferenz einzuberufen, welche die Aufhebung der Blockade fordern soll und desgleichen die Freigabe aller Personen, die wegen antimilitaristischer Bestrebungen in Gefängnis sitzen. Mit dieser Maßnahme tritt die englische Bergarbeiterbewegung zum ersten Male auf das politische Gebiet.

Rückkehr der China-Deutschen.

Amsterdam, 22. April. Nachrichten aus dem Haag zufolge wird in Rotterdam am 24. April der Dampfer 'Aureus' mit 720 aus China abtransportierten Deutschen an Bord erwartet, am 30. April der Dampfer 'Rosa' mit 161 deutschen Männern, 176 Frauen und 237 Kindern, ferner der Dampfer 'Novara' mit 155 Männern, 171 Frauen und 234 Kindern. Am 20. Mai wird der Dampfer 'Antilocus' mit 205 Männern, 198 Frauen und 130 Kindern erwartet.

Neue Verkehrseinrichtung.

Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. gibt amtlich bekannt: Wegen des andauernden Sinkens der Dienstlohnbestände des Direktionsbezirks ist die Wiederaufnahme des Personenverkehrs bis auf weiteres noch nicht möglich. Sie wird rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Zum Ende des Bankbeamtenstreiks.

Berlin, 23. April. Nach dem Abbruch des Bankbeamtenstreiks sind gestern nachmittag die Groß-Berliner Banken wieder eröffnet worden. Neben der Erlangung des Mitbestimmungsrechtes ist eine wöchentliche Arbeitszeit des einzelnen Beamten mit 35 Stunden festgesetzt worden. Die Streiktage werden nicht bezahlt, doch soll ein Vorbehalt auf die Streiktage gewährt werden, der nach Inkrafttreten des neuen Gehaltskurses wieder in Abzug gebracht wird. Für die Erledigung der übriggebliebenen Arbeit durch Überstunden wird keine Bezahlung geleistet.

Parteinachrichten.

An die Vorstände der Ortsgruppen der Sächsischen Zentrumspartei.

Von vielen Ortsgruppen der Sächsischen Zentrumspartei fehlen dem Schriftführer der Partei die notwendigen Angaben über die Namen der sämtlichen Vorstandsmitglieder mit Wohnang, über die Mitgliederzahl usw. Etwaige Veränderungen sind auch vielfach nicht mitgeteilt worden. Im Interesse der Sache werden die Vorstände der Ortsgruppen dringend gebeten, möglichst umgehend diese Angaben zu machen. Die Adresse des Schriftführers der Gesamtpartei ist: Herr Lehrer Max Sähnel, Dresden-Neustadt 23, Wildermannstraße 23 e.

Nachrichten aus Sachsen.

Verbot von Lebensmittelauflagen.

Das Wirtschaftsministerium erläßt eine Bekanntmachung, wonach das öffentliche Ausstellen nachstehend bezeichneter Nahrungs- und Genussmittel ab 1. Mai verboten ist, soweit dafür keine Höchst- oder Mindestpreise bestehen:

- 1. Wein, Spiritiosen und ihre Abtrappen,
2. Fleisch, Wurst und Fettwaren und ihre Konserven,
3. Wild und Geflügel und ihre Konserven,
4. Fischkonserven,
5. Getrocknete Süßfrüchte,
6. Obstkonerven und Marmeladen,
7. Konservwaren, Gemüsegut, Reis und Pfefferkuchen,
8. Sonig-, Juck- und Schokoladenwaren,
9. Salz und Wollseidenwaren.

Im Falle eines dringenden Bedürfnisses sind die Kommunalverbände befugt, die Liste durch Aufnahme anderer Nahrungs- und Genussmittel zu erweitern. Das Verbot erstreckt sich auf die Auslagen in Schaufenstern und offenen Verkaufsständen aller Art. Als offene Verkaufsstände gelten insbesondere auch die Stände auf öffentlichen Straßen und Plätzen (Straßenhändler), in Hausdurchgängen und in Markthallen. Die unter das Auslageverbot fallenden Waren dürfen von außen durch die Schaufenster, Ladenfenster und Eingangstüren der Verkaufsstände nicht sichtbar sein. Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der erzwungen Reichsanzeigerbekanntmachung mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft. Den Zeitpunkt der Wiederaufhebung des Verbots bestimmt das Wirtschaftsministerium.

Die Leipziger Messe.

Am Tage der Eröffnung der Leipziger Messe, Sonntag, den 27. April, wird in der Alberthalle zu Leipzig eine große öffentliche Kundgebung für Völkerbund und Welthandel stattfinden, zu der die Handels-

kammer Leipzig, das Reich und die Deutsche Liga für den Völkerbund einladen. Neben ist Reichsfinanzminister Dr. Dornburg. — Einen großen dreiteiligen Film von der Stadt Leipzig wird die für kulturelle und wirtschaftliche Propaganda tätige Deutsche Lichtbildgesellschaft, E. B., während der Frühjahrsmesse herstellen, und zwar ist Leipzig als Meßstadt, als Büchereistadt und als Verkehrsstadt mit seinen Lebenswürdigkeiten dargestellt worden. Der Film wird, sobald es die Verhältnisse erlauben, in allen größeren Städten des gesamten Auslandes aufgeführt werden. Er bezweckt in erster Linie, den ausländischen Kaufmann möglichst bald nach Friedensschluß darauf hinzuweisen, daß die Leipziger Messe während des Krieges nichts von ihrer früheren Bedeutung eingebüßt hat, und daß die Stadt Lebenswürdigkeiten genug besitzt, um einen Besuch lohnend zu machen. — Die Bemühungen des Reichsanwaltes der Stadt Leipzig, ein österreichisches Konsulat zu belassen, hat den Erfolg gehabt, daß nunmehr an Stelle des österreichisch-ungarischen Konsulates ein deutsch-österreichisches Generalkonsulat errichtet werden wird. Für den Fall, daß bis zum Beginn der Frühjahrsmesse die Ernennung eines Konsuls noch nicht erfolgt sein sollte, wird vom 21. April ab auf die Dauer der Messe eine deutsch-österreichische Bahnhalle in Leipzig errichtet werden.

Leipzig, 24. April. Der Straßenbahnstreik

dauert noch an, da die von den Ausständigen aufgestellten Forderungen eine jährliche Mohrauflage von etwa 6 Millionen Mark bedenten. Diese Summe zu bewilligen, hält aber die Direktion ohne eine Tarifierhöhung für unmöglich. Man bietet nun alles auf, um wenigstens noch bis zum Wechsellager am 27. April eine Einlösung zu erzielen, da der völlige Stillstand des Straßenbahnverkehrs auf den Verkehr außerst lähmend einwirken und damit schwere wirtschaftliche Schädigungen herbeiführen muß.

Sonderzüge anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse läßt die Sächsische Staatsbahnverwaltung wie folgt ab: Linie Leipzig-Dresden: 1. am 28., 29. und 30. April ab Dresden-Hauptbahnhof vorm. 8.10, in Leipzig 10.14, 2. am 28., 29. und 30. April, 1., 2. und 3. Mai ab Leipzig-Hauptbahnhof nachm. 4.20, in Dresden-Hauptbahnhof 6.38, 3. am 28., 29. und 30. April, 1. und 2. Mai ab Leipzig-Hauptbahnhof abends 7.35, in Dresden-Hauptbahnhof 9.48, 4. Linie Chemnitz-Leipzig: am 26., 27., 28., 29., 30. April, 1., 2. und 3. Mai ab Chemnitz-Hauptbahnhof vorm. 8.35, in Leipzig-Hauptbahnhof 10.10, 5. am 27., 28., 29., 30. April, 1., 2., und 3. Mai ab Leipzig-Hauptbahnhof abends 7.52, in Chemnitz-Hauptbahnhof 9.28, 6. Linie Leipzig-Jüdisch-Balvan: am 26., 27., 28., 29., 30. April, 1., 2. und 3. Mai ab Balvan (B.) oberer Bahnhof vorm. 6.25, ab Reichenbach oberer Bahnhof 7.06, ab Jüdisch 8.40, in Leipzig-Hauptbahnhof 8.50, zurück 7. ab Leipzig-Hauptbahnhof abends 7.52, in Jüdisch 10.28, in Reichenbach (B.) oberer Bahnhof 10.47, in Balvan (B.) oberer Bahnhof 11.49. In den Zügen unter 1. bis 6. sind Schnellzugarten, zu den unter 7. Personenzugarten zu lösen.

Nach Kranold ist in München.

Chemnitz, 23. April. Stadtverordneten-Vorsitzer Kranold, der bisherige Leiter der Chemnitzer Volksstimme hat kürzlich Chemnitz verlassen und sich nach München begeben. Von hier aus hat er telegraphisch mitgeteilt, daß er nicht nach Chemnitz zurückkehren werde. Kranold ist bekanntlich Mitverfasser der bekannten Sozialisierungsdenkschrift, die am Karfreitag die Grundlage zu einer längeren Beratung im Ständehause bildete, an der Mitglieder der Volkammer und Vertreter der Staatsregierung teilnahmen. Die Schrift hatte bei dieser Beratung nicht die Zustimmung gefunden, die die Herren Kranold, Neurath usw. erhofft hatten. Kranold wird wahrscheinlich seine Pläne in München entwickeln, für die er dort jetzt größeres Verständnis zu finden scheint als bei uns in Sachsen.

Aus Dresden.

—\* Nahrungsmittelverteilung in der Antischuppenmannschaft Dresden-Mittstadt. Von den für die Antischuppenmannschaft Dresden-Mittstadt laufenden Nahrungsmittellisten werden befreit: Abschnitt 2 der gelben Nahrungsmittelliste A mit 1 Pfund Haselflocken, Abschnitt 2 der roten Nahrungsmittelliste B mit 1 Pfund Suppen, Abschnitt 2 der grünen Nahrungsmittelliste C mit 1/2 Pfund Suppen, Abschnitt 2 der blauen Nahrungsmittelliste D mit 1/2 Pfund Haselflocken.

—\* Dresdner Lebensmittelversorgung. Der Ernährungsbeirat hat sich mit der Verteilung der ausländischen Lebensmittel befaßt. Er hat insbesondere Gewicht darauf gelegt, daß sie so gleichmäßig als möglich verteilt, und die Preise so niedrig wie möglich gehalten werden. Noch im Laufe dieser Woche soll das ausländische Schmalz, und zwar 50 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung, ausgegeben werden im Anschluß an die Verteilung der Landweinfleischkarte C am 20. und 28. April. Es entfallen also auf diese Karte nur 25 Gramm Margarine, sondern außerdem 50 Gramm ausländisches Schmalz. Der Preis beträgt 83 Pf. für 50 Gramm. Die Fleischverteilung erfolgt von der Verteilung ausgeschlossen. Weiter wird verteilt ausländisches Schweinefleisch, und zwar durch die Fleischer. Personen über sechs Jahre erhalten 120 Gramm zum Preise von 1,50 Mk., Kinder von 1 bis 6 Jahren 60 Gramm zum Preise von 80 Pf. Bei dem ausländischen Schweinefleisch handelt es sich um ganze Hälften vom Schinken ohne Hinterfuß, Kopf und Eingeweide. Die Ware ist, wie sich der Fleischerbeirat überzeugt hat, sehr gut. Die Verteilung kann wegen der noch erforderlichen Fleischbeschau erst nächste Woche vor sich gehen. In den ersten Tagen der kommenden Woche wird auch das erste amerikanische Weizenmehl ausgegeben, und zwar ein halbes Pfund auf den Kopf der Bevölkerung. Der Preis ist vom Wirtschaftsministerium einheitlich für das ganze Land auf 2,22 Mk. für das Pfund festgesetzt worden. Bei künftigen Weizenverteilungen wird das Landweinfleisch eine Einzahlung des Preises in der Weise eintreten zu lassen, daß die minderbemittelte Bevölkerung das Mehl zu einem billigeren Preise, die besserbemittelte Bevölkerung zu einem erhöhten Preise erhält. Da die Durchführung dieser Maßnahmen aber nicht unerhebliche Schwierigkeiten bietet, wird es nicht möglich sein, die Preisstaffelung bereits bei der ersten Verteilung, die dadurch nicht aufgehoben werden würde, durchzuführen zu lassen. Um aber der minderbemittelten Bevölkerung auch schon von einer Gewöhnung zu gewöhnen, wird auf Anordnung des Ernährungsministeriums der vorerwähnten Bevölkerung freigestellt werden, an Stelle des teuren amerikanischen Mehls die gleiche Menge zu 94 Prozent ausgemahlens inländisches Mehl zu dessen niedrigem Preise (das Pfund 81 Pf.) zu kaufen. Die Preisstaffelung haben sich gebildet, so daß diese und nächste Woche die 5 Pfund Rührmehl verteilt, in der Zeit vom 16. Mai bis 16. Juni sollen es sogar 120 Proz. sein.

„Zurückziehen"! Im Anschluß an eine gestern Abend von den Unabhängigen einberufene, aber von der Regie-

Die Antwort des „Dresdner Anzeigers“.

In Nr. 129 des „Dresdner Anzeigers“ ist zu lesen: „Den Artikel unseres italienischen Mitarbeiters: Papst Benedikt — der Freund Frankreichs in Nr. 119 des Dresdner Anzeiger, Abendausgabe vom Mittwoch, 16. April, benutzte die Sächsische Volkszeitung, um uns einer Papstheze zu verdächtigen, die uns selbstverständlich vollkommen fernliegt.“

Wir freuen uns natürlich sehr, daß dem Anzeiger eine Papstheze „vollkommen fernliegt“. Wir wollen uns auch heute nur darauf beschränken, hinter das „selbstverständlich“ ein Fragezeichen zu machen in Erinnerung an das Material, das aus früherer Zeit in unseren Händen ist.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Josephinenkist. Die Erstkommunion der Kinder findet am Weichen Sonntag statt.

Dresden. III. Orden des hl. Franziskus. Sonntag den 27. April halb 4 Uhr Versammlung mit Prosch in der Kapelle des Josephinenkistes; Sonntag den 4. Mai nachmittag 8 Uhr außerordentliche Versammlung im Grünen Zimmer des Gesellenhauses mit Neuwahl des Vorstandes.

Schwarzenberg. Katholischer Männerverein. Sonntag, 27. April, abends 8 Uhr Versammlung mit Vortrag im „Felsenkeller“.

Kunst, Wissenschaft und Vorträge

Die Sucht nach Bedekindereien.

In den „Blättern für Volksbildung, und edle Volkserholung, herausgegeben vom Verein Volkswohl zu Dresden, Volkswohl“ (Nr. 10, 1919) ist in dem Bericht über die Hauptversammlung u. a. folgendes zu lesen:

„Es fanden im letzten Jahre 26 Volksunterhaltungsabende statt, die sämtlich sehr gut besucht waren und dank der gediegenen Auswahl und Heranziehung erster künstlerischer Kräfte gute Leistungen boten.“

Die am 8. und 9. April in Frankfurt a. M. abgehaltene Gründungsversammlung des Bühnenvolksbundes hat unter lebhafter Beteiligung der Mitglieder des vorläufigen Hauptauschusses die Grundlage für die Bundestätigkeit geschaffen. Dem Namen des Bundes wurde der Untertitel beigelegt: „Vereinigung zur Theaterpflege im christlich-deutschen Volksgeist“, Sitz Frankfurt a. M. Ueber den Zweck des Bundes bestimmt die Satzung:

Bühnenvolksbund.

Die am 8. und 9. April in Frankfurt a. M. abgehaltene Gründungsversammlung des Bühnenvolksbundes hat unter lebhafter Beteiligung der Mitglieder des vorläufigen Hauptauschusses die Grundlage für die Bundestätigkeit geschaffen. Dem Namen des Bundes wurde der Untertitel beigelegt: „Vereinigung zur Theaterpflege im christlich-deutschen Volksgeist“, Sitz Frankfurt a. M. Ueber den Zweck des Bundes bestimmt die Satzung:

„Der Bühnenvolksbund bezweckt die Förderung der Bühnenkunst und der dramatischen Dichtung im Einklang mit der christlichen Kultur und christlicher Lebensauffassung. Als seine nächsten Aufgaben betrachtet er die Organisation der christlichen Theaterbesucher, die Erziehung weiterer Volksschichten zum Verständnis dramatischer Kunst und die Förderung aller schöpferischen Kräfte, die in der christlichen Weltanschauung wurzeln.“

Das Verhältnis des B. V. B. zum Theaterkulturverband ist durch folgende Entschliessung klargestellt: „Im Verbandsrat zur Förderung deutscher Theaterkultur erkennt der Bühnenvolksbund die notwendige Zusammenfassung aller am Theater schöpferisch oder genießend beteiligten Kreise. Die Aufgaben des Theaterkulturverbandes sind, wie es die Mannheimer Tagung 1917 feststellte, in erster Linie soziologischer Natur. Er will das Theater den breiten Massen zugänglich machen und ihm Formen geben, die seiner Bedeutung im Kulturleben der Nation entsprechen.“

Zum Vorsitzenden des Bundes wurde Geheimrat Prof. Dr. Dyroff-Vonn gewählt, dem Hauptauschuss gehören 90 Vertreter der katholischen und evangelischen Kreise Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz an. Die Verwaltung der Bundesgeschäfte übernimmt ein geschäftsführender Ausschuss in Frankfurt a. M., bestehend aus den Herren Landesrichterrat Dr. Schmidt-Blanke, Geh. Konzipientrat Dr. Kanzer, Schriftführer Wilh. Wiesbach und Generalsekretär Wilh. C. Gerst. Der Verlagsausschuss, der über die Herausgabe der Bundesschriften zu beschließen hat, besteht aus den Herren Dr. Karl E. L. (Berlin-Steglitz), Dr. B. Erveditus Schmidt, D. J. R. Dr. Fritz Castelle (Münster) und Dr. Joh. E. (München). Die Referate und Diskussionen der Tagung, die einen näheren Einblick in die Absichten des Bundes gewähren, erscheinen in Kürze als erstes Heft der „Blätter für Volksbildung“.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptgeschäftsführer Paul Seifert; für den Inseratenteil: Erwin Schön. — Druck und Verlag der „Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H.“ zu Dresden.

UT Lichtspiele Dresden - A., Waisenhausstraße 22.

„Das Auge des Götzen“. Detektiv-Drama in 4 Akten mit dem berühmten Joe Deeb. „Er, der herrlichste von Allen“. Hervorragendes Lustspiel in 4 Akten. I. d. H.: mit Gunnar Tolnaas und Lilly Jacobson. Kopenhagens Park im Winterkleid. Herrliche Naturaufnahme. Vorführungszeiten: Sonntags 8-11 Uhr, wochentags 4-11 Uhr.

UT Lichtspiele Fernsprecher IV 387

Otto Thiele, Lehrer Marie Thiele geb. Teubner Vermählte Dresden, am 24. April 1919

3- bis 4-Zimmer-Wohnung zum 1. Juli in Dresden oder einem Vorort Dresdens gesucht. Sommerfrische. Suche 1-2 Zimmer, auch Kochgelegenheit auf drei Monate in der Lausitz od. Ergeb. zum Landaufenthalt für zwei evtl. drei Pers. Beste Offerten an die Geschäftsstelle ds. Bl. unter „N. G. 4822“.

Händler und Hausierer für Müntzerpostkarten (Schlager) gesucht. Ich suche ein tüchtiges, fleißiges, durchaus braves, fatis. Küchenmädchen oder Köchin bei entsprechendem Lohn und bester Behandlung. Frau Justina Schramm, Leipzig, Weststraße 18

Dresdener Lehranstalt für Musik Dresden-Neustadt Melanchthonstraße 25

Kath. Sidonienheim - Hospiz. Für Kund. u. durchreis. junge Mädchen u. Damen schöne einzelne Zimmer mit Benf. 95 Mt. - 120 Mt., im gemeins. Zimmer 60 Mt. monatl. Dresden-U., Portikusstr. 12 II. Fernruf 12 835.

3- bis 4-Zimmer-Wohnung sofort oder später. Werkmeister Simons, Rasch-Fabrik Dresden-Dobritz. Bürstenwaren Kammwaren etc. J. Rappol 3 Nauen- u. Obergraben 3 Kamener Straße 22 Fernsprecher 15 612

So gut schlafen Sie bei öfterem Gebrauch von „Kopra“ das Ideal für die Nerven. Rein Naturprod. Süsserlin Orig. Paket 4,50 M. Zu haben in allen Apotheken und Drogenhandl. Wo nicht, direkt p. Nachn. durch uns. Kopra, Dresden I.

Ueberführungen und Beerdigungen übernehmen in jeder gewünschten Ausführung auch aus allen Krankenhäusern Pflegeanstalten, Kliniken und Lazaretten die Dresdner Beerdigungs-Anstalten Pietät und Heimkehr Am See 26 Bautzner Straße 37 Fernspr. 20157. Fernspr. 25091. Auskünfte und Kostenanschläge unentgeltlich!

Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Vortragskizzen im Auftrage des Aktionskomitees des kath. Klerus zu Epylan herausgegeben von Dr. J. Nagwor, Dr. W. Otto und Dr. F. X. Seppel. Heft 1: Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Von Dr. Otto. Heft 2: Das Problem der Trennung von Staat und Kirche und die Stellung der deutschen Katholiken zu demselben. Von Professor Dr. F. X. Seppel. Heft 3: Trennung von Schule und Kirche? Von Dr. Nagwor. Heft 4: Vorsehung und Völkerverschickale. Von Dr. Otto Lothaus S. J. Heft 5/6: Grundrissliches zum Programm des Zentrums als einer christlich-demokratischen Volkspartei. Von Dr. G. Schulermann. Heft 7: Freiheit für unsere Orden. Von Konzipientrat Dr. Oskar Pollak. Sieben neu erschienen: Heft 8: Die Sozialdemokratie am Ruder! Von Dr. Nagwor. Heft 9: Neue Rechte und Pflichten der katholischen Frau. Von P. Augustin Röder, O. S. S. R. Preis jeden Heftes 60 Hg., portofrei zugesandt 65 Hg., des Doppelheftes 120 Hg., portofrei 125 Hg. Sämtliche Hefte sind durch die Geschäftsstelle der „Sächs. Volkszeitung“ zu beziehen u. bitten wir um Bestellung nach Holbeinstr. 46.